

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Hohndorf, Rödlich, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, den Müllengrund, Ruhlschnappel und Tirsheim.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertags, nachmittags.
Bezugspreis: 10.— M., monatlich frei ins Haus, durch die Post bezogen 30.— M., vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 50 Pf.



Anzeigenpreis: Die lebhaft geschilderte Grundseite wird mit 1,50 M. für auswärtige Besteller mit 1,75 M. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreigeschaltete Seite 3,50 M. für Auswärtige 4.— M. Schluss der Anzeigenannahme vor dem 9. Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtauschrift: "Tageblatt". Poststempelkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und der Amtswachtshof, sowie des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg.
Hrsg. u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., Inh. Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr. 61.

Montag, den 13. März 1922

72. Jahrgang

Kirchenwahl in St. Laurentii.

Gemäß § 2 der Wahlordnung wird bekannt gegeben, daß für die am 19. d. S. Monats stattfindende Wahl von 18 Kirchengemeinde-Vorstehern zwei gültige Wahlvorschläge eingegangen sind und zwar:

Wahlvorschlag des Eug. Männer- u. Frauenvereins,

Spieltname: Graf, Louis, Fabrikant, und

Wahlvorschlag der Freien Vereinigung von Kirchgemeindewählern. Spieltname: Höfels, Friedl. Kaufmann

Die Wahlvorschläge sind an der Anschlagsstange am Südtor der Kirche (Pfarrhausseite) angebracht und können dasselbe bis zum Wahltage von jedermann eingesehen werden.

Im Laufe der neuen Woche wird jedem Wahlberechtigten eine Wahlauflösung zugestellt.

Die Wahlhandlung findet am Sonntag, den 19. März in der St. Laurentiuskirche statt, und sie beginnt um 11 Uhr Vormittags und schließt um 3½ Uhr Nachmittags.

Lichtenstein-C., den 10. März 1922.
Der Wahlauschuss.

Bautechnischer Fachkursus an der Städt. Gewerbeschule zu Lichtenstein-Callnberg, für Tischler, Männer und Zimmerleute (Gesellen und Vollere).

Unterrichtszeit: Montags abends 6—8 Uhr.

Aufschlussdauer: 1. Mai bis Ende September.

Unterrichtsgeld: Mark 100.— (Zahlbar 2 Teile am 1. Mai, 1 Teil am 1. Juli dss. Jg.)

Anmeldungen bis 15. April durch Eintrag in die beim Hausmeister des Gewerbeschulgebäudes ausliegende Liste.

Milchbezug betreffend.

Die kleinen Landwirte und Milchhändler sind von hier aus ersucht worden, Müttern mit Kindern im 1. Lebensjahr und werdenden Müttern eine Bevorzugung in der Milchbelieferung zuteil werden zu lassen.

Zu diesem Zwecke werden am Dienstag, den 14. März 1922 im Wohlfahrtamt (Eheschließungsstätte) in der nachstehenden Reihen- und Zeitsfolge Milchbezugskarten ausgegeben: A-E von 8—9 Uhr, F-L von 9—10 Uhr, K-N von 10—11 Uhr, O-T von 1/3—4 Uhr, U-Z von 4—5 Uhr.

Wohlfahrtamt.

Kirchenwahl in Callnberg.

Unsere Kirchengemeindevertreter-Wahl findet Sonntag, den 19. März, vormittags 11 Uhr bis nachmittags 12 Uhr im Kirchengemeindehaus statt. Es sind 14 Personen zu wählen! Die Wahlzettel müssen von welcher Farbe und 9½×15 cm groß sein. Zettel anderer Farbe oder Größe sind ungültig. Für die, welche etwa keine gedruckte Liste abgeben wollen, werden Zettel obengenannter Art im Wahllokal bereitgehalten.

Der Wahlauschuss. I. A.: P. Hebart.

Sparstube Hohndorf (Bez. Chemnitz).

Zinsfuß 3½%. Tägliche Vergütung.
Postcheckkonto Leipzig Nr. 21489.
Gemeinde-Girokonto Nr. 2. Stengste Gehaltszahlung.
a. Unentgeltliche Aufbewahrung, An- und Verkauf von Wertpapieren.

Geschäftsstelle: 8 bis 1 Uhr norm., 3—5 Uhr nachmittags, Mittwochs und Sonnabends nur von 8—1 Uhr, desgleichen vor sonstigen Festtagen. Vermittlung von Lebens- und Rentenversicherungen der öffentl. Lebensversicherungs-Anstalt Sachsischer Sparkassen.

Wendung in der Wiedergutmachungspolitik?

Paris, 11. März. Der Petit Parisien schreibt: Die Finanzminister haben gestern, um der wirtschaftlichen Unsicherheit ein Ende zu bereiten, beschlossen, die Reparationskommission aufzufordern, die Mobilisierung der deutschen Schuld vorzubereiten. Was bedeutet diese Formel? Dass die Stunde endlich geschlagen hat, um die vollständige Lösung des Reparationsproblems zu suchen, anstatt sich auf jährliche Abmilderungen zu beschränken. Man werde, führt das Blatt aus, die Bedeutung dieser Entscheidung noch besser verstehen, wenn man weiß, welche allgemeine Aussprache diejenigen Beschlüsse vorausgegangen sei. Die Finanzminister hätten im Laufe ihrer Unterredungen erkannt, dass das wichtigste Problem das einer Anleihe oder einer Serie von Anleihen sei, die Deutschland im Auslande aufnehmen müsse zur Verwirklichung einer Reparationen in natura. Solange diese Kreditoperation unmöglich bleibt, werde Deutschland dem Bankrott ausgesetzt sein. Damit werde es die gesamte Industriewirtschaft Europas gefährden. Auf dem ersten Blick aber scheint man nicht, wie Deutschland sich mit Erfolg Geld leihen könne, wenn seine Schuld nicht zuerst erleichtert werde. Diese Erleichterung sei aber anderseits nur zulässig, wenn sie kompensiert werde durch Annulierung der interalliierten Schulden. Aber Amerika wolle auf seine Forderung nicht verzichten. Es scheine, dass Horné eine neue Form des Systems überbrückt habe, das Vlond George gegenüber Louchard entwidmet habe, die darin bestehe, dass die deutsche Schuld in zwei Teile zerlegt werde. Der erste Teil umfasse das Gefüge der alliierten Kriegsschulden, also 65 Milliarden Goldmark, und solle beiseite gelassen werden. Er werde von Deutschland nur verlangt werden, wenn die Vereinigten Staaten die Zurückzahlung ihrer Forderung verlangen. Der Rest von ungefähr 70 Milliarden Goldmark, solle in Form von Anleihen in möglichst kurzer Zeit mobilisiert werden; man nehme an, 10 bis 15 Jahre würden genügen, wenn die Anleihen entsprechend sichergestellt würden.

Neuer Versuch zur Stabilisierung der Währung.

Paris, 11. März. Das Petit Journal teilt über den neuen Plan für die Wiedergutmachung mit, dass er die Mitarbeit der Vereinigten Staaten nicht als notwendig ins Auge setze. Die deutsche Regierung müsse als Ausgleich für die ins Auge gefasste Erleichterung eine strenge Überwachung annehmen und Garantien geben.

Über den Plan Hornes schreibt das Gablogram: Mit Rücksicht auf die geplante Anleihe soll zunächst ein vorläufiges Vorgehen ins Auge gesetzt werden um die Währung allmählich zu stabilisieren, und zwar nach einem neuen Grundzustand der Konsolidierung. Daraufhin will man bestimmte Operationen beginnen, die eine Internationalisierung der Erz- und Rohstoffvorräte und der industriellen und sommerlichen Hilfsquellen der betreffenden Länder ins Auge fassen, damit Rohstoffpreise auf lange Sicht erhöht werden können.

Ein Streich durch die Rechnung?

Paris, 11. März. Der amerikanische Vertreter in der Reparationskommission Borden hat gestern die alliierten Finanzminister davon verständigt, dass seine Regierung den Betrag, der ihr für die Kosten der Besatzungsarmee zusteht, reklamiert habe, d. h. 966 Millionen Mark, dazu die Zinsen dieser Summe.

Wie der Petit Parisien mitteilt, ist die Forderung Borden auf Entlastung der Kosten für die amerikanische Besatzungsarmee am Schluss der gestrigen Vormittagssitzung der alliierten Finanzminister erfolgt und hat wie ein Theatercoup gewirkt. Borden, der bis jetzt nur die Rolle eines Beobachters spielt, habe eine Note verlesen. Die von ihm verlangten Kosten seien berechnet bis zum 1. März 1921. Nach dem Echo de Paris beläuft sich der von Amerika verlangte Betrag einschließlich Zinsen auf ungefähr 1020 Millionen Goldmark.

Das Gablogram glaubt, dass der amerikanische Vertreter Borden durch seine Forderung für die amerikanischen Besatzungsstruppen die Grundlage des bereits erzielten Einverständnisses unter den verbündeten Finanzministern erschüttert habe.

Die meisten Blätter scheinen anzunehmen, dass Amerika weniger an Erfüllung der geforderten Summe als an einer Verwarnung der verbündeten Großmächte denkt. Sie warnen aber trotzdem davor, die Bedeutung des amerikanischen Schritts zu unterschätzen. Fast alle Blätter bringen die amerikanische Forderung und die ablehnende Antwort auf die Einladung nach Genua in Zusammenhang.

Der wahre Grund für Amerikas Ablehnung.

Paris, 11. März. Im Petit Parisien schreibt der frühere Chefredakteur der New York Tribune Simonis: Der Widerstand Amerikas gegen die Konferenz von Genua hat die Wirkung, die Beteiligung der Vereinigten Staaten am Wiederaufbau noch weiter hinauszuschieben. Was die amerikanische Regierung augenblicklich tun kann, ist die Zulassung internationaler Anleihen auf dem amerikanischen Geldmarkt. An eine Annulierung der Schulden ist bei der herrschenden Stimmung der Volksmassen nicht zu denken.

Die Humanité schreibt, die amerikanische Regierung sei noch mehr als die englische an der kapitalistischen Wiederherstellung der Welt interessiert, da sie Millionen von Arbeitslosen gegenüberstehe. Amerika erwarte von der geplanten Zusammenkunft nichts. Der wahre Grund, weshalb es nicht nach Genua gehe, sei, weil es der Gläubiger der Ententemächte sei und leidenschaftlich danach verlange, sein Geld zurückzuholen. Es liege auf der Hand, dass in Genua ein Erfolg der Schulden zur Sprache gekommen wäre. Die fürsichtige Neugierde Loucherts, Frankreich werde nicht bezahlen, habe ohne Zweifel in Amerika die öffentliche Meinung instinktiv beeinflusst.

Die amerikanische Forderung in französischer Beleuchtung.

Paris, 12. März. Zu der amerikanischen Note schreibt "Liberté", der Schritt sei sehr ernst. Amerika wolle Geld haben, aber die öffentliche Meinung Amerikas verlangt noch anderes: die Entwaffnung Europas. Das Verlangen Bödens soll den Alliierten begreiflich machen, dass ihre militärischen Ausgaben unproduktiv und schädlich seien und die gesamten Reparationszahlungen abtörten.

"Temps" gesteht den Vereinigten Staaten das Recht zu, ich ihre Beizahlungskosten zurückzuholen zu lassen, fragt aber, von wem sie Zahlung zu verlangen hätten, von den Alliierten oder von Deutschland. Die Vereinigten Staaten hätten den Verfaillier-Vertrag nicht ratifiziert, die Abkommen von Spa und London nicht unterzeichnet und in der Reparationskommission nur einen offiziellen Delegierten. Auf Grund welchen Rechts greifen sie also nun in die zwischen den Alliierten bestehenden Abmachungen ein, um einen Teil der Summen zu verlangen, welche Deutschland ihnen bezahlt habe, oder ihnen zu unterlegen, weitere Summen anzunehmen. Man könne vielleicht sagen, dass die amerikanische Regierung in ihrer jetzigen Mitteilung nur von einem Recht sprache, die Beizahlungskosten zurückzuverlangen, nicht von einem Recht auf Reparationen.

"Journal" stellt fest, dass Amerika keineswegs geneigt ist, auf seinen Anteil an den Forderungen zu verzichten, und dass auf alle Fälle 1 Milliarde von den nächsten Zahlungen verschwinden werde, die nicht für Reparationen verwendet werden könne.

"Echo de Paris" fragt, was die amerikanische Armee am Rhein tuhe, wenn sie im Dienste einer Politik des Zusammenwirks mit den Alliierten steht, und was die amerikanische Armee am Rhein tuhe, wenn sie der Durchführung einer faulitionsfeindlichen Politik diene.

"Matin" macht auf den Widerstand aufmerksam, dass Amerika den Vertrag von Versailles nicht ratifiziert habe und keine Truppen trotzdem noch die Wacht am Rhein bilden. Paradox sei der Zustand deshalb, weil die Vereinigten Staaten in ihren Forderungen mit den Alliierten solidarisch, unabhängig aber in ihrer Politik gegen Deutschland seien.

vor teuer,

aus Frau darauf
steht Wäscherie.
Kino

itz-Süd

wäschmaschine
zu haben ist.
des Lager in
Wäschereien.
die Auswahl
fall.

Berater
auf gesucht.